

Angesichts zunehmenden Flächenbedarfs ist es auch aus Sicht des Bundesarchivs zielführend, auf dem Gelände ein Archivzentrum für DDR-Bestände einzurichten, das nicht nur die derzeit zwischen zwei Standorten in Berlin verteilten Stasi-Unterlagen, sondern auch weitere DDR-bezogene Archivbestände des Bundesarchivs sowie die Bestände der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ (SAPMO) an einem Ort zusammenführt. Darüber hinaus bringt die Robert Havemann Gesellschaft, die seit einiger Zeit die Idee der Einrichtung eines „Zentrums für Opposition und Widerstand“ verfolgt, auch das Archiv der Opposition in der DDR an den Standort. Somit ist hier ein stadträumlich gut angebundener Forschungscampus geplant, der durch die Bündelung von Archivmaterial und seine nutzerfreundliche Ausgestaltung und stadträumliche Anbindung die Möglichkeiten für die DDR-bezogene Forschung nicht nur in einem wissenschaftlichen, sondern auch öffentlichkeitswirksamen Sinne erheblich verbessert. Dies ist eine einmalige Gelegenheit Repression, Revolution und Aufklärung der DDR-Vergangenheit an einem Ort zu vereinen und als Leuchtturmprojekt der Stadt Berlin und historisches Gedächtnis der Nation zu etablieren.

Da die Gesamtnutzfläche des Areals von 175.000m² durch die Archiv- und Erinnerungsnutzung nicht ausgeschöpft werden kann, ist dieses Leitbild im Entwicklungsprozess durch weitere verwandte Nutzungen aus den Bereichen Kultur, Bildung und Gewerbe anzureichern, die den Standort als „Lernort für Demokratie“ weitergehend qualifizieren.

Maßnahmen und weiteres Vorgehen

Folgende Maßnahmen und weitere Schritte bis Ende 2017 / Mitte 2018 wurden im Laufe der Konferenz vereinbart:

- Folgeveranstaltung für Nutzer*innen und private Eigentümer*innen zur Information über die Ergebnisse der Standortkonferenz
- Initiierung einer Projektgruppe mit Vertreter*innen aller teilnehmenden Institutionen, Verwaltungen, Nutzer*innen und Eigentümer*innen
- Öffentliche Veranstaltung zur Information aller Bürger*innen
- 2018 Beauftragung eines Standortmanagements, das sich institutionsübergreifend für die Entwicklung dieses Standortes einsetzt, begleitet durch die Projektgruppe.

Danach schließen sich folgende Maßnahmen an:

- Verabschieden eines gemeinsam getragenen Leitbilds / einer Charta für den „Lernort für Demokratie“
- Entwicklung eines Images und einer Vermarktungsstrategie für das Gelände
- Erschließungskonzept innerhalb des Geländes sowie in den angrenzenden Stadtraum hinein
- Überarbeitung Sanierungsrahmenplan zur Formulierung konkreter Sanierungsziele
- Verpflichtung der privaten Eigentümer*innen zum gemeinsam getragenen Entwicklungskonzept
- Weitere Sammlung und Entwicklung eines detaillierten Nutzungskonzepts inkl. Nachnutzung Haus 18

